

FLÜELEN

«Bättä mit dä Chliinä»

Am Donnerstag, 30. November, um 9.30 Uhr findet in der Pfarrkirche das «Bättä mit dä Chliinä» statt. Man erzählt eine Geschichte, betet und singt zusammen. Alle Kinder im Vorschulalter in Begleitung sind zu dieser kleinen besinnlichen Feier herzlich eingeladen. Im Anschluss sind alle zu einem Znüni in der Unterkirche willkommen. (e)

ERSTFELD

Samichlaus-Einzug

Am Dienstag, 5. Dezember, um 17.30 Uhr findet der eindrückliche Samichlaus-Einzug statt (bei jeder Witterung). Der Samichlaus wird mit seinen Schmutzli und dem Pony beim Bärenbodenplatz ein treffen und freut sich, wenn die Kinder ihm den Weg mit Laternen beleuchten. Alle Erwachsenen und auch die ganz Kleinen sind herzlich zum Empfang des Samichlaus eingeladen. Auf dem Bärenbodenplatz widmet sich der Samichlaus dann den Kindern, während die Erwachsenen einen wärmenden Punsch einnehmen können. (e)

Uri will neue Schuldenbremse einführen

Vernehmlassung | Neues Gesetz und Revision der Finanzhaushaltsverordnung

Die heutige Schuldenbremse verhindert, dass in Uri die geplanten grossen Investitionsvorhaben umgesetzt werden können. Dies soll sich ändern.

Der Urner Regierungsrat hat ein neues Gesetz zum Haushaltgleichgewicht des Kantons Uri entworfen. Das neue Gesetz erneuert im Wesentlichen das Instrument der Schuldenbremse, sagte Finanzdirektor Urs Janett am Mediencafé der Urner Regierung vom 28. November. Die heutige Schuldenbremse verhindere nicht nur einen Abbau des Bilanzüberschusses, de facto würden die anstehenden grösseren Investitionsvorhaben verunmöglicht, ohne Lockerung der Schuldenbremse.

Neu sollen Sanktionen greifen

Der Regierungsrat schlägt vor, die Schuldenbremse künftig aus der Finanzhaushaltsverordnung herauszulösen und in einem separaten Gesetz zu verankern. Im Zentrum steht nach wie vor eine auf die Dauer ausgeglichene Rechnung. Defizite sind aber explizit auch über eine längere Periode zulässig, sofern noch genügend Reserven vorhanden sind. Gebremst wird, indem das zulässige budgetierte Defizit in

einem Jahr begrenzt wird auf 10 Prozent der Nettoerträge aus kantonalen Steuern. Bei Nichteinhaltung der Schuldenbremse greifen gemäss Vorschlag der Regierung neue Sanktionen: Der Regierungsrat muss Massnahmen präsentieren, wie er die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten kann. Lehnt der Landrat die Massnahmen ab, wird automatisch der Steuerfuss erhöht. Der Landrat seinerseits könne die Schuldenbremse beziehungsweise die Sanktionen nur mit Zweidrittelmehrheit umgehen. Er könne somit nur mit einem qualifizierten Mehr die Ziele der Schuldenbremse für ein Jahr aussetzen und ein ungenügendes Budget ohne Sanktionen akzeptieren. Umgekehrt sei auch vorgesehen, dass der Steuerfuss gesenkt wird, wenn die Rechnungsergebnisse wieder positiv werden. Die Schuldenbremse soll gegenüber heute gelockert werden. Im Gegenzug möchte der Kanton künftig auf sämtliche finanzpolitischen Instrumente verzichten. Den Gemeinden sollen auch weiterhin finanzpolitische Instrumente zur Verfügung stehen, um so grössere Schwankungen in den jährlichen Ergebnissen ihrer Rechnungen besser glätten zu können. Insbesondere die degressiven Abschreibungen können eine Gemeinderrechnung in den ersten Jahren nach einer grösseren Investition

enorm stark belasten. Solche Belastungsspitzen lassen sich mit finanzpolitischen Instrumenten auffangen.

Stärkung der Finanzkontrolle

Ebenfalls soll die Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Uri angepasst werden. Der Fokus der Teilrevision liegt bei der Finanzkontrolle. Der Regierungsrat verfolgt mit der vorgeschlagenen Änderung eine weitere Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle. So soll diese neu der Standeskanzlei zugeordnet werden. Wie bis anhin soll es der Finanzkontrolle weiterhin möglich sein, für die Unterstützung ihrer Arbeit Sachverständige beizuziehen. Das Budget der Finanzkontrolle soll zwar im Kantonsbudget konsolidiert werden, aber dem Landrat unverändert zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Inhaltlich hat die Finanzkontrolle die ordnungsgemässe Rechnungslegung, die Einhaltung der geltenden Grundsätze zur Haushaltsführung zu prüfen und das interne Kontrollsystem zu beurteilen. Im Weiteren soll die Finanzkontrolle auch künftig den Bezug der Kantons- und Gemeindesteuern prüfen. – Die beiden Vernehmlassungen dauern bis am 19. Februar. Die Unterlagen sind auf www.ur.ch aufgeschaltet. (UW)

PERSÖNLICH

Eine Entschuldigung

Meine Kolumnenserie im «Urner Wochenblatt» geht zu Ende. Ich habe in den vergangenen Monaten darüber geschrieben, welche Themen ich als Historikerin erforsche und wie es ist, in Archiven zu arbeiten. Letzte Woche konnte ich bei meiner Arbeit einen Moment erleben, wie er



selten vorkommt. An einem kalten, sonnigen Vormittag traf man sich etwas ausserhalb von Chur, nahe der psychiatrischen Klinik Waldhaus, in einem Stall. Drinnen waren Heuballen aufgestapelt, stimmungsvoll beleuchtet von Spotlights, ein Rednerpult war aufgestellt, es gab Blumen und Bänke mit Platz für etwa 100 Personen. An diesem Vormittag bat der Bündner Regierungsrat Jon Domenic Parolini die Betroffenen und die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen offiziell um Entschuldigung. Zur Einführung durfte auch ich ein paar Worte sprechen. Denn einige Monate zuvor hatte ich im Auftrag des Kantons Graubünden eine historische Studie zu diesem Thema vorgelegt, die gezeigt hat, dass auch in Graubünden zahlreiche Menschen in Anstalten zwangsinterniert worden waren, dass ganze Familien, weil sie zu arm waren, auseinandergerissen und viele Kinder in Heimen körperlich und sexuell missbraucht worden waren. Die Bündner Regierung anerkannte mit dieser Entschuldigung diese vergangenen, aber heute noch nachwirkenden Tatsachen. Sie anerkannte, dass im Zeichen einer repressiven Sozialpolitik viele Tausend Menschen in ihren persönlichen Freiheitsrechten verletzt worden waren. Für die Betroffenen war es ein bewegender Moment. Viele weinten, auch solche, die ihre Vergangenheit verarbeitet haben und heute mit beiden Beinen im Leben stehen. Einige erzählten mir, wie viel diese Anerkennung und diese würdevolle Begegnung mit einem Vertreter der Regierung für sie bedeutet. Dass es einen Unterschied ausmacht, wenn das, was sie erlebt haben, auf diese Weise ernst genommen wird und sich hier heute jemand verantwortlich zeigt. Zum Abschluss pflanzten Betroffene zusammen mit Jon Domenic Parolini auf dem Gelände einen Baum. Ein Brunnen und eine Sitzbank werden folgen. Das Rätische Museum wird eine Ausstellung zum Thema machen. Gegen Mittag war der Anlass zu Ende. Es wurde wärmer, die Sonne schien auf den Calanda, den Hausberg von Chur, auf dem der erste Schnee lag. Nach Sitzungen am Nachmittag fuhr ich am Abend mit dem Zug zurück nach Bern. Die ersten Medienberichte waren erschienen. Es ist ein gutes Gefühl, hier als Historikerin einen Beitrag geleistet zu haben.

Tanja Rietmann

Tanja Rietmann arbeitet am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern und als Dozentin an der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit.

Abbau von Spitalbetten sorgt für böses Blut

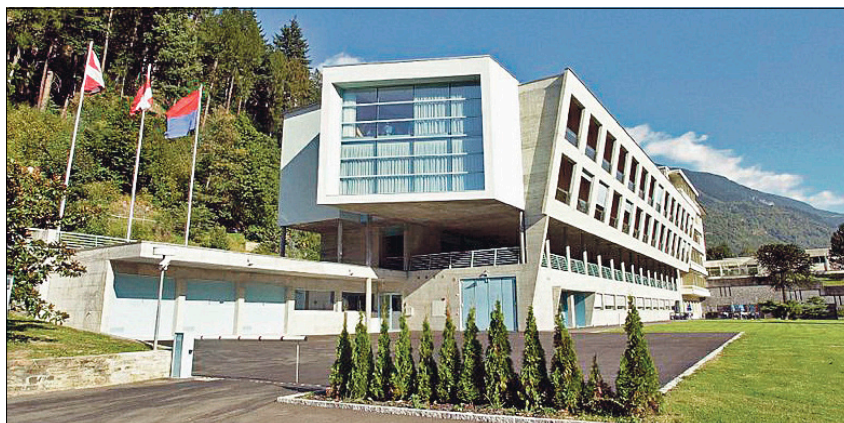
Leventina | Faido geht auf Konfrontationskurs mit dem Tessiner Spitalamt

Im Bezirksspital von Faido wurden still und heimlich Kapazitäten abgebaut. Nun geht die Gemeinde auf Konfrontationskurs mit dem Spitalamt.

Omar Gisler

Bahn, Post, Banken – und bald auch das Spital? Das Municipio von Faido befürchtet, dass der Service-Public-Abbau in der Leventina demnächst ein weiteres Opfer fordern wird. Die drohende Schliessung des Leventiner Bezirksspitals will die Gemeindeexekutive aber nicht einfach so hinnehmen. In einem Schreiben fordert die Gemeinde das kantonale Spitalamt EOC auf, sämtliche Abbaumassnahmen umgehend rückgängig zu machen. Über die mangelnde Transparenz und Information des EOC sei man in der Leventina irritiert, und das Vorgehen werde «absolut nicht geteilt».

Was ist geschehen? Das EOC hatte im Sommer still und heimlich die Anzahl Betten in der akutmedizinischen



Sieht futuristisch aus, steht aber vor einer ungewissen Zukunft: das Leventiner Bezirksspital in Faido. FOTO: OMAR GISLER

Abteilung von 30 auf 15 halbiert. Weder die Gemeindebehörden noch die in der Leventina tätigen Hausärzte seien über diesen Schritt informiert worden, klagt die Exekutive des Leventiner Bezirkshauptortes. Ebenfalls nicht kommuniziert wurde die Tatsache, dass das Pensum des Chefarztes der betroffenen Abteilung per 1. Januar 2018 auf 50 Prozent reduziert wird – die übrige Zeit wird er in der 80 Kilometer entfernten Rehaklinik in No-

vaggio im Malcantone tätig sein. Vor diesem Hintergrund fürchtet Roland David, der Gemeindepräsident von Faido, dass als nächstes die Notfallstation des Spitals von Faido geschlossen wird.

«Mit 15 Betten auf der Akutstation können die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Leventina nicht mehr gedeckt werden», heisst es im Schreiben. Das Municipio von Faido fordert daher das EOC auf, die Massnahmen

aufzuheben und im Ospedale di Faido diejenigen Dienstleistungen anzubieten, die bis zum 31. August gewährleistet gewesen waren. Dieser Status soll so lange aufrechterhalten werden, bis sich die Tessiner Stimmbürger zur Initiative «Für eine wohnortnahe medizinische Versorgung» geäussert haben. Das Volksbegehren, das im vergangenen Frühjahr von über 15 000 Personen unterzeichnet worden war (für das Gelingen einer Initiative wären nur halb so viele Unterschriften notwendig gewesen), fordert unter anderem explizit den Erhalt des Spitals von Faido.

Dieses hat Wurzeln, die 100 Jahre zurückreichen, als der Leventiner Klerus 1917 in Faido das Krankenhaus Santa Croce baute, das mittlerweile als Altersheim dient. 1923 entstand auf Verlangen der Einwohner- und Bürgergemeinden der Leventina das heutige Bezirksspital. Durch den schrittweisen Leistungsabbau drohe diesem nun «das unruhlichste Ende, das man sich vorstellen kann, vor allem in Anbetracht seiner herausragenden und wichtigen Geschichte», wie das Municipio von Faido schreibt.

Steuersünder finanzieren Eishalle

Faido | Steueramnestie bringt 1,4 Millionen Franken ans Tageslicht

Der Bau der Eishalle kam die Gemeinde Faido teurer zu stehen als geplant. Dank der Steueramnestie konnte das Loch gestopft werden.

Die Steueramnestie des Kantons Tessin hat im Leventiner Bezirkshauptort Faido manch einen Einwohner dazu bewegt, sein Schwarzgeld zu legalisieren. Für die Gemeinde führte die «neue Steueranlagung von diversen Steuerzahlern zu Mehreinnahmen in der Höhe von 1,4 Millionen Franken», wie das Municipio in seinem Budgetantrag für das Jahr 2018 festhält. Dadurch habe man in der laufenden Rechnung wichtige Investitionen bezahlen können, ohne bei Banken Darlehen aufnehmen zu müssen. Namentlich genannt wird die Überdachung des Eisfeldes, die mit 7,2 Millionen Franken zu Buche schlug –



Die Eishalle von Faido wurde Ende Oktober eröffnet. Die Überdachung kostete 1 Million Franken mehr als budgetiert. FOTO: ZVG

fast 1 Million mehr als geplant (UW vom 20. September). Auch die Defizite in der Höhe von insgesamt 450 000 Franken, welche die Skistation von Carì in den vergangenen beiden Wintersaisons anhäufte, können mit den Mehreinnahmen der Steueramnestie gedeckt werden.

Damit ist der Überschuss aber bereits aufgebraucht. Für das Budget 2018 rechnet die 3000-Einwohner-Gemeinde bei Ausgaben von 5,8 Millionen Franken mit einem Defizit von 160 000 Franken. Eine Senkung des Steuerfusses von 100 Prozent steht deshalb an der Gemeinderatssession vom 18. Dezember nicht zur Debatte. Mittelfristig will das Municipio von Faido die Jahresrechnung ausgeglichen gestalten. Zudem sollen Massnahmen getroffen werden, um als Wohnort für Familien attraktiver zu werden und neue Arbeitsplätze zu schaffen. (omg)